

Politischer Arbeitskreis Gesundheit

TVÖD für alle - mehr Personal - Rückführung der Tochterbetriebe - ausreichende Investitionen
Verwirklichung des Prinzips: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag

www.arbeitnehmerpolitik.de

Kontakt: PAK-Gesundheit@t-online.de

Datum: 13.1.2022

Die Stadt und die Bevölkerung brauchen die Wiederherstellung einer verantwortungsvollen Gesundheitsversorgung Schluss mit Krankenhausschließungen und Bettenabbau! Endlich „Mehr Personal“! Erhalt des Wenckebach-Klinikums! Das liegt in der Verantwortung des Senats und der Bundesregierung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit ihren Streiks und den Kampf für „Mehr Personal“ und für „TVÖD für Alle“ haben die Beschäftigten von Charité und Vivantes ein klares politisches Signal gesetzt:

- ⇒ endlich müssen die Bedingungen für eine bessere Gesundheitsversorgung geschaffen werden,
- ⇒ endlich muss mehr Personal eingestellt werden,
- ⇒ endlich muss der Weg beschränkt werden, alle Beschäftigte im Krankenhaus in den TVÖD zu integrieren.

Dafür haben die Kolleg*innen die Unterstützung der Bevölkerung, sowie von Kandidat*innen für die Bundestags- und Abgeordnetenhaus- Wahlen erhalten. Dieser Wille hat schließlich seinen Ausdruck in den abgeschlossenen Tarifverträgen gefunden. **Wer will diesen politischen Willen infrage stellen?**

Das Virus trifft auf ein kaputtgespartes Gesundheitswesen, was die dramatische Ausweitung erst ermöglicht. Es fehlt an Personal und Investitionen, das DRG-System muss abgeschafft werden.

Was ist passiert?

Am 28.12.2020 gab es in Berlin 2.203 betriebsbereite Intensivbetten. Ein Jahr später am 28.12.2021 nur noch 1.046. Mehr als die Hälfte sind verschwunden. Sie sind zwar praktisch da, aber nicht betriebsbereit, da das Personal fehlt. Noch wurden bei Vivantes nicht alle Betten und Stationen, die seit einem Jahr bzw. seit dem Streik gesperrt wurden, wiedereröffnet. Die Rettungsstellen sind total überfüllt. Von der Vivantes-Geschäftsführung gibt es eine Kampagne für Neueinstellungen, wie ernst sie gemeint ist, wird sich erst zeigen.

Was fehlt ist ein klares Signal der Regierenden Bürgermeisterin oder der Gesundheitssenatorin **an die Pfleger*innen, die aus dem Beruf geflohen sind, ein Signal für Neueinstellung, für die Umsetzung des Tarifvertrages für mehr Personal und seine Finanzierung!**

Stattdessen bleiben Betten geschlossen. Die schrittweise Schließung des Wenckebach-Klinikums in Tempelhof wird fortgesetzt.

Die Schließung des Wenckebach-Klinikums ist nur der Einstieg in weitere geplante große Umstrukturierungen mit Schließungen und Bettenabbau bei Vivantes, ganz wie es der Geschäftsführer von Vivantes, Johannes Danckert, gesagt hat: *„Vivantes hat einen Bedarf von 1,5 Mrd. € für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre, um überhaupt Krankenhäuser betreiben zu können. Sollte dieses Geld nicht zur Verfügung gestellt werden, wird Vivantes auch weitere Standorte, das Wenckebach-Klinikum ebenso, nicht im geplanten Umfang weiterbetreiben können.“*

**Der Kampf für den Erhalt des
Wenckebach-Klinikums ist der Kampf
für eine verantwortungsvolle
Gesundheitsversorgung in Berlin**

**Die „Initiative Wenckebach-Krankenhaus
muss bleiben!“ lädt ein zur
Video- Bürger*innenversammlung
am 21.01.2022 um 18:00 Uhr**

Dazu eingeladen sind:

Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne),
Zugesagt hat der Bezirksstadtrat für Jugend
und Gesundheit Oliver Schworck (SPD)

Zusagen aus dem Abgeordnetenhaus: Tobias
Schulze (Linke), Bettina König (SPD); Christian
Zander (CDU)

**aus der Bezirksverordnetenversammlung
Tempelhof-Schöneberg:** Elisabeth Wissel und
Katharina Marg (Linke), Dr. Katharina Urban
(Grüne), Janis Hantke (SPD), Guido Pscholl-
kowski (CDU).

Link: <https://us02web.zoom.us/j/84797579885?pwd=d0tubnBoVONFWG0xc0hvelZObzJrdz09>

Gesundheitsstadt 2030 soll vorgezogen werden

Schon im März 2019 legte die Zukunftskommission „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ unter Vorsitz des heutigen Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach einen Vorschlag vor:

Die Mega-Fusion von Charité und Vivantes

Eine gemeinsame Holding soll in Zukunft Charité und Vivantes führen, die dann zu Tochterbetrieben der Holding degradiert werden.

Es ist klar, dass dann Synergien erschlossen werden, *effektiver* gearbeitet werden kann, wobei dies zwar nicht *„über kurzfristige Kostensenkungsmaßnahmen, sondern über den gezielten Ausbau und die Förderung ihrer Stärken“* geschehen soll. Dabei ist klar, *„dass nicht alle Bereiche gleichermaßen ausgestattet werden können.“*

Es werden nur die profitablen Bereiche eine besondere Förderung erhalten. Damit setzen die Geschäftsführungen auf Profitcenter. Das hat mit der Verpflichtung eines öffentlichen Krankenhauses auf die qualifizierte Gesundheitsversorgung für alle, wenig zu tun. Die Charité und Vivantes werden so denselben Gesetzen des Markt-Wettbewerbs, wie z.B. der Helios-Konzern, unterworfen.

Die Geschäftsführungen haben schon erste Pläne vorgestellt. Bei Vivantes wird die Umstrukturierung zugleich mit Bettenabbau und Krankenhausschließungen verbunden. Vivantes, einst entstanden aus einer Zusammenfassung der meisten Berliner Bezirkskrankenhäuser, will eine Reihe von diesen abstoßen. Das versteckt sich hinter Ankündigungen von Umzügen und Umwidmungen von Häusern.

So wird ausdrücklich die Schließung des Wenckebach-Klinikums als bettenführendes Krankenhaus als erster Schritt bestätigt — ein erster Schritt für eine weitreichende Umstrukturierung des Berliner Gesundheitswesens.

Mit den personellen Entscheidungen auf Bundesebene wird deutlich, dass die Mega-Fusion **jetzt** erfolgen soll! Aber auch die neue **Berliner Koalition** bereitet sich vor. So wurde erstmals die Ressorts Wissenschaft und Gesundheit zusammengelegt. Charité und Vivantes werden ab sofort von **einer** Senatsverwaltung geführt. **Deshalb:**

Verteidigen wir gemeinsam das Wenckebach-Klinikum!

So verteidigen wir den Sinn unserer Tarifverträge!

Die Kolleg*innen haben den Tarifvertrag erkämpft. Nur sie können ihn über ihre Betriebsgruppen und das gemeinsame Handeln ihrer Vertreter*innen aus allen Standorten schützen.

Dafür müssen wir uns in den Betriebsgruppen von ver.di organisieren!

Es gibt nur eine Lösung:

Eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung und die volle Finanzierung der Krankenhäuser.

Das Gesundheitswesen muss raus aus dem Wettbewerb!

Setzen wir uns ein für einen bundesweiten Tarifkampf 2022, organisiert von ver.di, für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für „Mehr Personal“!

- ⇒ Für Neueinstellung von notwendigem zusätzlichen Personal!
- ⇒ Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen kommunaler Krankenhäuser und somit einer echten Rückkehralternative für die, die ihrer Berufung den Rücken gekehrt haben!
- ⇒ Aufhebung aller prekären Beschäftigung. Rückführungen der ausgegliederten Betriebe in die Krankenhäuser!
- ⇒ Sofort Stopp aller Pläne zu Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern!
- ⇒ Kein Bettenabbau! Keine Verlagerung von Betten aus den öffentlichen Krankenhäusern zu den privaten!

Lasst uns gemeinsam diskutieren, wie wir dafür handeln können!

Karl Lauterbach (SPD) ist der neue Gesundheitsminister. Am 4. Juni 2019 twitterte er: *„Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite, Klinik schließen sollten. Dann hätten wir in anderen Kliniken genug Personal, geringere Kosten, bessere Qualität, und nicht so viel Überflüssiges. Länder und Städte blockieren.“*

Lauterbach war 2003 an der Einführung des DRG-Systems beteiligt.

Von Juli 2001 bis Juni 2013 war er Mitglied des Aufsichtsrats der Rhön-Klinikum AG.

Boris Velter (SPD) ist einer der neuen Staatssekretäre von Karl Lauterbach. Er war vorher in Berlin unter Gesundheitsministerin Dilek Kalayci Staatssekretär. Als er diese verließ, leitete er die Geschäftsstelle „Gesundheitsstadt 2030“, die gemeinsam von der Charité und Vivantes eingerichtet wurde, um die Umsetzung der „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ zu planen.

Der Tagesspiegel beschrieb seine Aufgabe so: *„Er soll helfen, die landeseigenen Klinikkonzerne Vivantes und Charité in eine Dachgesellschaft zu führen. Er soll Synergien zwischen Krankenhäusern, Hochschulen und Pharmafirmen erzeugen.“* Damit würden die zwei größten Kliniken in Berlin weiter dem Zugriff privater Firmen geöffnet werden, staatliche Pharmafirmen gibt es nicht.